

Wolfgang Rose, MdHB

Ansprache bei der Auftaktveranstaltung zum Ohlsdorfer Friedensfest 2016  
am Mahnmal für die Opfer des Bombenkrieges auf dem Friedhof Ohlsdorf  
23. Juli 2016

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

ich darf Ihnen die herzlichen Grüße von Melanie Leonhardt überbringen, die heute leider verhindert ist. Ich werde mich bemühen, sie würdig zu vertreten.

Sie haben das diesjährige Fest unter das Motto „Überleben“ gestellt und wollen damit die Flucht vor Krieg und Gewalt in den Mittelpunkt rücken.

Dieses Ziel unterstütze ich gern, denn auch ich bin davon überzeugt, dass der Sinn und Nutzen von Gedenkveranstaltungen nicht allein in der Rückschau liegt, sondern vor allem darin, Wichtiges zu lernen für Gegenwart und Zukunft.

Gedenken muss Spuren hinterlassen, in der Politik, in den Schulen, im Alltag vor Ort. Aus Gedenktagen müssen Alltage werden.

Um aber den weiten Bogen zu spannen, wie es im Einladungsflyer zum diesjährigen Ohlsdorfer Friedensfest heißt, möchte ich Sie und mich zu Beginn mit einigen Sätzen aus der Ansprache von Max Brauer

- dem Bürgermeister von Altona in der Weimarer Republik, während der Naziherrschaft verfolgt und ins Exil geflohen, und Ersten Bürgermeister in Hamburg nach dem 2. Weltkrieg -,

die er am 16. August 1952 hier an diesem Ort bei der Weihe des Mahnmals für die Hamburger Bombenopfer gehalten hat, in die damalige Gedanken- und Gefühlswelt versetzen:

*„Der Luftkrieg hat unsere Stadt in Trümmer gelegt. .. Als Opfer dieses totalen Krieges, der kein Entrinnen kannte, wurden in wenigen sommerlichen Tagen des Jahres 1943 mehr als 55.000 Kinder, Frauen und Männer aus der Zivilbevölkerung dahingerafft.*

*Sie wurden von Bomben zerrissen, von den Trümmern ihrer Wohnhäuser erschlagen oder kamen in den höllischen Bränden um, durch die ganze Stadtteile in Asche gelegt wurden. ..*

*An dieser Stätte sollen sich die Bürger dieser Stadt vereinigen können,*

*um Zwiesprache mit den Toten zu halten. ..*

*Diese 55.000 sind kein Opfer einer Naturkatastrophe. .. Ihr Tod war – wie der Tod der friedlichen Bürger von Guernica, Rotterdam und Coventry – Menschenwerk, wie alle Kriege Menschenwerk sind. ..*

*Er regnete Bomben und Feuer über fremde Städte. Dann gingen unsere eigenen Städte in Flammen auf.“*

Diese Worte von Max Brauer haben mich in der Vorbereitung auf diesen Tag sehr bewegt, weil sie einen Zugang zu der emotionalen Betroffenheit der Menschen in den damaligen Nachkriegsjahren ermöglichen – ich selbst war damals fünf Jahre alt.

64 Jahre nach dieser Ansprache sind für uns hier in Hamburg, in Deutschland und in den meisten Teilen Europas Bombenangriffe gegen die Zivilbevölkerung zum Glück nur eine, inzwischen recht weit zurückliegende Erinnerung; für die meisten von uns bereits keine persönliche Erinnerung mehr, sondern eine überlieferte, angelegnete.

Doch in manchen Ländern am Rande oder kurz außerhalb Europas ist es grauenvolle Gegenwart: In Syrien und im Irak, in Israel und Palästina, auch im Osten der Ukraine – und an vielen anderen Orten der Welt.

So wie die Menschen, unsere Eltern und Großeltern, damals 1943 hier in Hamburg und den anderen Städten bloß überleben wollten und vor allem für das Überleben ihrer Kinder alles gegeben haben, so wollen heute die Menschen in Syrien, im Irak, in der Ukraine oder in Afghanistan bloß überleben und das Leben ihrer Kinder retten.

Viele von ihnen fliehen deshalb aus ihren Städten oder ihren Ländern, und manche von ihnen – im Verhältnis nur wenige – schaffen es auf ihrer Flucht hierher zu uns nach Europa, nach Deutschland, nach Hamburg.

Sie wollen überleben, so wie unsere Eltern und Großeltern damals überleben wollten.

Das ist nicht nur ein grundlegender Instinkt aller Menschen, sondern es

ist ein grundlegendes Menschenrecht: Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Und wenn die Menschen zum Überleben aus ihrer Heimat zu uns fliehen müssen, dann ist das auch ihr Menschenrecht.

Dieses Recht der Flüchtlinge, das Recht auf Überleben, auf Flucht und auf Schutz und Hilfe anzuerkennen, zu schützen, zu verteidigen und einzulösen, das muss daher unsere erste Lehre aus den Ereignissen von 1943 für heute sein.

Schon Max Brauer mahnte 1952: „Rettet die Freiheit und die Menschlichkeit, damit der Friede nicht gefährdet werden kann!“

Dass mit diesem Recht der Geflüchteten auf Schutz auch berechnete Erwartungen unserer Gesellschaft an diejenigen verbunden sind, die einige Zeit oder auf Dauer hier bleiben werden, ist dabei selbstverständlich.

Aber es darf nicht die Erwartung an Assimilation oder Unterordnung unter eine, wie auch immer verstandene „deutsche Leitkultur“ sein, sondern genau die gleiche Erwartung, die wir an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, also auch an uns selbst stellen:

Die Grundwerte unseres Grundgesetzes und die geltenden Gesetze zu achten und zu respektieren - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wir haben innerhalb des letzten Jahres in Deutschland zwei sehr verschiedene Seiten unseres Landes erlebt:

Einerseits eine große Bereitschaft vieler Menschen zur Solidarität mit den Geflüchteten, zur Hilfe und Unterstützung.

Und nicht zuletzt, das möchte ich betonen, auch eine große Anstrengung und Leistung der staatlichen Ebenen bei der Aufnahme, Versorgung und Unterbringung der Schutzsuchenden, vor allem in den Städten und Kommunen, auch hier in Hamburg.

Dabei gab es sicher auch manche organisatorische Überforderung –

angesichts der großen Zahl der Schutzsuchenden in kurzer Zeit eigentlich bemerkenswert wenige.

Aber das Schutzrecht der vor dem Krieg fliehenden Menschen und unsere Verpflichtung, es so gut wie irgend möglich einzulösen, standen und stehen für uns, für die Stadt Hamburg, für Bürgerschaft und Senat nie in Frage.

Manche Teile unserer Gesellschaft teilen diese Haltung jedoch nicht, sondern bekämpfen sie zum Teil wütend, erschreckend oft auch gewalttätig.

Und „Überleben“, das ist für manche Geflüchteten auch in Deutschland ein Thema.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht dokumentiert eine Steigerung der fremdenfeindlichen Gewalttaten von 512 im Jahr 2014 auf 918 im Jahr 2015.

Besonders häufig werden dabei Asylbewerberunterkünfte zum Ziel der Gewalt:

2015 gab es insgesamt 153 Gewalttaten, davon 75 rechtsextremistisch-motivierte Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte in Deutschland.

Das ist die andere, die dunkle Seite unseres Landes, die wir in den letzten Monaten erleben mussten.

Wir hier sind uns sicher einig, dass wir die Solidaritätsverweigerung, die Engherzigkeit und Aggressivität, vor allem aber die abscheulichen Gewalttaten mit Erschrecken und Bestürzung sehen und verurteilen.

Aber reicht das aus? Ich meine: Nein.

Wir müssen uns mit den Ursachen dieser Strömungen und Haltungen befassen, wenn wir sie wirksam und nachhaltig bekämpfen wollen.

Wir wissen, dass es schon immer ein gewisses Maß an Fremdenfeindlichkeit gegeben hat.

Menschen sind verunsichert, weil sie arbeitslos oder prekär beschäftigt sind oder aus anderen Gründen in schwierigen sozialen Verhältnissen leben.

Verunsicherung und Abstiegsängste prägen aber mittlerweile auch bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft hinein die Einstellungen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Verunsicherung und Angst machen empfänglich für einfache Lösungen oder die Suche nach vermeintlich schuldigen Sündenböcken.

Dies festzustellen kann freilich nicht heißen, die Menschen von ihrer Verantwortung für ihr politisches Denken und Handeln freizusprechen.

Entscheidend ist aber, dass es nicht nur jene gibt, die verführbar sind, sondern auch jene, die bewusst verführen wollen, um Macht und Einfluss zu gewinnen.

Das sind zum Einen schon lange die eindeutigen Nazis, gegen deren Propaganda sich dieses Fest seit sieben Jahren richtet.

Aber das ist in den letzten Wochen und Monaten auch zunehmend die AfD, deren Grenzen zur extremen Rechten mehr und mehr verschwimmen.

Beatrix von Storch will nicht nur an der Grenze auf Kinder schießen lassen, sondern propagiert auch die deutsche NATIONALmannschaft ohne Migrationshintergrund,

Björn Höcke verkündet völkisches Gedankengut mit seinen Äußerungen zum "lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp" und vom "Bevölkerungsüberschuss" Afrikas,

und Alexander Gauland verbreitet entsprechend einer gängigen NPD-Parole, dass Deutschland mit seiner Toleranz dafür Sorge, dass wir bald fremd seien im eigenen Land, kritisiert die „Politik der menschlichen Überflutung“ in Deutschland und will den großartigen Nationalspieler Jérôme Boateng aus unserer Nachbarschaft vertreiben.

Das alles sind keine zufälligen Versprecher oder laienhaften Ausrutscher, sondern ganz gezielte Versuche, das gesellschaftliche Klima zu verändern.

Und es sind ganz bewusst gesetzte Signale an alle Ausländerfeinde, dass sie sich von der AfD repräsentiert fühlen können.

Auch die Hamburger AfD vertritt nicht nur bei jeder sich bietenden Möglichkeit ihre „Boot-ist-voll“ – Haltung und warnt vor zunehmender Kriminalität von Flüchtlingen, sondern sie startet in der Bürgerschaft auch immer wieder Angriffe gegen antifaschistische Organisationen und Projekte.

So hat sie im letzten Herbst mit einem Antrag gezielt dieses Friedensfest angegriffen und die mitveranstaltende VVN dabei in unerträglicher Weise verunglimpft und explizit mit den Neonazis gleichgesetzt: Die VVN sei der „Beelzebub“, mit dem man doch den „Teufel“ Faschismus nicht austreiben könne.

Ich habe das damals für meine Fraktion in aller Schärfe zurückgewiesen. Aber auch dies war keine einmalige Entgleisung, denn sie haben inzwischen mehrfach nachgelegt: Aktuell fordern sie mit einem Bürgerschaftsantrag ein Verbot der Nutzung öffentlicher Räume für die VVN.

Was folgt daraus für uns, die wir unsere offene, freie, demokratische und solidarische Kultur erhalten und weiter stärken wollen?

Meines Erachtens bedeutet es, die Verführer entschieden zu bekämpfen, allerdings ohne jeder ihrer Provokationen auf den Leim zu gehen und zu viel Zeit und Kraft allein darauf zu verwenden, uns an ihnen abzuarbeiten.

Denn mindestens genauso wichtig ist es, die Ursachen für die Verführbarkeit der Menschen zu verringern, indem wir auch in unserer modernen, globalisierten Gesellschaft soziale Sicherheit und Sicherheit vor Gewalt schaffen, und unsere kulturellen Grundwerte und Identitäten stets erneut klären.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Auseinandersetzung um die Volksinitiative zur Flüchtlingsunterbringung.

Es drohte eine Volksabstimmung nach dem Muster „Bist Du für oder gegen Flüchtlinge“ mit einem monatelangen Medien- und Straßenkampf beim Stimmen-Sammeln, der unsere Stadt emotionalisiert und gespalten hätte.

Weil sie diese Gefahr sahen, haben die Organisationen der Zivilgesellschaft vom Sportbund über die Kirchen bis zu den Gewerkschaften mit ihrem Appell „EINIGT EUCH! – INTEGRATION GEMEINSAM SCHAFFEN“ Politik und Volksinitiative zur Verständigung aufgefordert.

Und SPD und Grüne haben alles daran gesetzt, mit der Volksinitiative einen Kompromiss zu erreichen – mit Erfolg.

Trotz manch weitgehender Zugeständnisse bleibt dabei ein Grundsatz völlig unangetastet:

Hamburg wird, ohne jegliche Beschränkung oder gar Obergrenze, alle Menschen, die wir aufzunehmen haben, so gut wie möglich unterbringen und versorgen, weil sie Schutz brauchen und ein Schutzrecht genießen.

Dies will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen.

Ich möchte noch auf eine zweite Lehre und Verantwortung zu sprechen kommen, die aus meiner Sicht aus der Erinnerung an die grauenvollen Geschehnisse von 1943 erwächst und genauso im Zusammenhang mit den heutigen Kriegen und dem Überleben der leidenden Menschen steht:

Unsere Verantwortung nicht nur als Nachfahren der Opfer eines Bombenangriffs, sondern vor allem als Nachfahren der Täter, die den verheerenden Krieg erst ermöglicht, begonnen, geführt und lange Zeit bejubelt haben.

Henning Voscherau war es, der 1993 in seiner Rede zum 50. Jahrestag der so genannten „Operation Gomorrha“ den Satz gesagt hat:

*„Hamburg erinnert sich an den deutschen Angriffskrieg, der auf uns zurückschlug (...)“*,

und weiter:

*„Ursache von Leid, Tod und Zerstörung war der Zweite Weltkrieg, der Angriffskrieg des Großdeutschen Reiches, war die NS-Gewaltherrschaft in ihrem Wahn, aber auch mit ihrer Unterstützung im deutschen Volk. ...“*

*Die Wurzel der Zerstörung liegt in Krieg, Verbrechen und Unmenschlichkeiten des nationalsozialistischen Deutschland.“*

Der großflächige Einsatz von Bomben gegen die Zivilbevölkerung als Kriegswaffe ging also zuerst von Deutschland aus.

Und auch das „Moral Bombing“, das die Menschen in Homs und Aleppo heute erleben müssen, also die gezielte Zermürbung der Widerstandskraft der Bevölkerung durch häufige Bombardierung, war eine deutsche Erfindung, die vor allem in Leningrad und Stalingrad angewandt wurde.

Wenn wir an unsere Kriegstoten erinnern, dann müssen wir uns also immer zugleich an unsere Kriegsverantwortung erinnern.

Das, was schon Max Brauer 1952, Henning Voscherau 1993 und mit ihnen danach viele andere wussten, ist inzwischen weitgehender Konsens in unserer deutschen und hamburgischen Erinnerungskultur, wie der Historiker Malte Thießen in lesenswerten Beiträgen nachzeichnet.

Und wir bewahren diese Erinnerungskultur nicht nur, wir stärken sie auch durch weitere Orte und Anlässe, wie durch

das neue Deserteursdenkmal am Dammtor,

das Mahnmal für die Bombenopfer im Karstadt-Luftschutzkeller vor dem Mundsburg-Bahnhof,

das Mahnmal St. Nicolai,

die Ausstellung in St. Katharinen,

die Erinnerungsstätte „Hannoverscher Bahnhof“ am Lohseplatz

und nicht zuletzt die KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Doch wie Sie wissen, war dieser Konsens nie unangefochten und ist es auch heute nicht.

Rechtsradikale und Rechtspopulisten versuchen, die „Operation Gomorrha“ gegen die deutsche Kriegsschuld zu instrumentalisieren und damit einen nationalen Opfermythos zu konstruieren.

Unsere Hamburger Erinnerungspolitik und -kultur und auch dieses Friedensfest hier sind daher wichtige Beiträge, um solche revisionistischen Versuche, mit denen letztlich neue Ausgrenzung, Unfreiheit und Gewalt legitimiert werden sollen, abzuwehren.

Besonders wichtig ist dabei die lebendige Erinnerungsarbeit an Schulen.

Ich selbst bin Schulpate an einer neuen Stadtteilschule in Barmbek-Uhlenhorst, die sich vor zwei Jahren nach der jüdischen Schülerin Ilse Löwenstein benannt hat, die dem Holocaust zum Opfer fiel.

Die Schule hat dabei diese Namensgebung nicht nur als historische Würdigung vollzogen, sondern die damaligen Ereignisse und das Leben und Sterben der jungen Namensge-

berin in verschiedener Weise in Beziehung zu den Lebenserfahrungen der heutigen multikulturellen Schülerschaft gesetzt und dies in mehreren künstlerischen Aktionen zum Ausdruck gebracht.

Also genau das, was auch die Intention dieses Festes ist: Erinnerung als Begründung für heutige Verantwortung.

Es gäbe noch viele weitere Gedanken und Themen anlässlich des Gedenkens an die Bombenopfer von 1943 in Verbindung mit dem diesjährigen Titel des Ohlsdorfer Friedensfestes: „Überleben“.

Ich bin sehr beeindruckt von der Vielfalt an Inhalten und Formaten des Programms und von dem breiten Spektrum der Veranstalter vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ bis zu den „Blankeneser Gesprächen“, die sich an dieser Stelle ja gleich vorstellen werden.

Dieses bemerkenswerte Bündnis steht für mich auch stellvertretend für die vielen anderen Organisationen, Initiativen und Aktivitäten für Frieden und Antifaschismus in Hamburg und es ist Ausdruck dafür, dass die Friedensbewegung nach wie vor lebendig ist in unserer Stadt.

Sie reicht von dem biblischen Hoffnungswort „Schwerter zu Flugscharen“, zu dem Bischöfin Kirsten Fehrs vor einem Jahr hier gepredigt hat, bis zum Schwur der Überlebenden und der Befreier des Konzentrationslagers Buchenwald „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“.

Und dass diese Friedensbewegung dringend notwendig ist und die Grenzen unserer Stadt und unseres Landes überschreiten muss, daran erinnert uns eine andere Demonstration für Frieden und Demokratie in der Türkei, die zur Zeit in der Hamburger Innenstadt stattfindet.

Allen Beteiligten an diesem Bündnis und an der Vorbereitung und Durchführung dieses Ohlsdorfer Friedensfestes gilt mein ausdrücklicher Dank für ihre wertvolle Friedensarbeit und ich teile mit Ihnen die Überzeugung, dass wir für unsere Hoffnung auf Frieden und Demokratie jeden Tag neu arbeiten und kämpfen müssen.

Die Opfer der Bombennächte vom Juli und August 1943 erinnern uns daran.